Ä-K17-136 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Faina Dombrowski

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 115 einfügen:
Um die Aufarbeitung und das Gedenken an die Opfer der DDR-Diktatur am Leben zu halten, wollen wir neue regionale Erinnerungsorte schaffen, in denen sich vor allem junge Menschen auf neue Art mit der Geschichte befassen können. Das Stasi-Unterlagen-Archiv in Frankfurt (Oder) wollen wir zügig modernisieren und die Außenstelle in Cottbus mit einem umfangreichen Bildungsangebot ausstatten.

Auch dürfen wir nicht aufhören die Härten, die aus der Wiedervereinigung resultiert sind, zu thematisieren und an Lösungen zu arbeiten. Gerade hier sind noch immer die Fälle von Enteignungen im Zuge der Rückabwicklung der Bodenreform schmerzhafte Einschnitte in Familiengeschichten, die Narben hinterlassen haben. Die Aufarbeitung des Unrechts, das den Neusiedlererben widerfahren ist, darf kein Ablaufdatum haben. Die Suche nach unbekannten Erben muss weiter gehen.

Begründung

Das Thema Neusiedlererben ist komplex. Seit mehreren Legislaturen setzen wir uns für die Rechte derjenigen ein, die ein Agrargrundstück geerbt und dann mit der Wiedervereinigung an das Land Brandenburg verloren haben. Die Rechtslage ist kompliziert und wir haben es in dieser Legislatur geschafft, immerhin eine Externe Anlaufstelle zu erstreiten, die Verfahrensfehler der Landesregierung aufgezeigt hat. Bisher zeigt sich diese aber weiterhin nicht Willens die eigenen Fehler wieder gut zu machen. Vor allem die Fälle in denen sich das Land einfach selbst ins Grundbuch als Eigentümer eingetragen hat, schreien zum Himmel und wurden vom BGH als sittenwidrig gerügt. Dort wo Erben nicht bekannt sind, MUSS das Land eigentlich suchen und rückübertragen. Die Motivation das zu tun, ist aber nicht besonders hoch, weshalb es wichtig bleibt, den Finger in die Wunde zu legen, wo sich das Land unberechtigt bereichert hat. Das Thema Neusiedlererben stand im Koalitionsvertrag und auch in unserem letzten Wahlprogramm, fehlt im jetzigen aber noch komplett. Das darf auf keinen Fall so bleiben.